

Ulfried Weißer

Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

Das System, die Akteure
und ihre Interessen verstehen

 Springer

Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

Ulfried Weißer

Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

Das System, die Akteure und ihre
Interessen verstehen

Mit einem Geleitwort von Dr. Hans-Gert Pöttering,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Präsident des
Europäischen Parlaments a. D.



Springer

Ulfried Weißer
Cuxhaven
Deutschland

ISBN 978-3-658-16180-4 ISBN 978-3-658-16181-1 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-16181-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Grafiken: Strodthoff-Design, Cuxhaven

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Geleitwort von Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Präsident des Europäischen Parlaments a. D.

Meine Damen und Herren,

die Soziale Marktwirtschaft als Erfolgsmodell zu beschreiben, ist mehr als berechtigt. Als sich ihre Gründerväter nach dem schrecklichen Ende des Zweiten Weltkrieges entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen, vor allem aber auch die moralischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland aufzubauen, war weder zu erhoffen noch zu erwarten, dass daraus eine beispiellose Erfolgsgeschichte werden sollte.

Die Männer der ersten Stunde, namentlich Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und sein Staatssekretär Alfred Müller-Armack, gründeten ihre Überzeugungen nicht alleine auf ein klares ordnungspolitisches Fundament, in dem die „Freiheit auf dem Markte mit dem sozialen Ausgleich zu verbinden“ war, wie es Alfred Müller-Armack stilbildend für die Soziale Marktwirtschaft ausdrückte. Sie wurden nicht müde zu betonen, dass der Wirtschafts- und Sozialordnung im

Nachkriegsdeutschland ein geistiges Fundament zugrunde liegen musste, das den Menschen in seiner Freiheit ernst nimmt und ihn deshalb gerade nicht und nie mehr der Bevormundung staatlicher wie privater Willkür überlässt. An Aktualität ist diese Haltung nicht zu überbieten, denn heute besteht wieder in Frage, ob die wirtschaftliche Selbstbestimmung und das eigenverantwortliche Handeln der Menschen politisch goutiert wird.

Auf Basis dieser Überzeugungen konnte in einem klugen Dialog verschiedenster Beteiligten aus Politik, Sozialpartnern, Kirchen, Verbänden oder Einrichtungen der Wohlfahrtspflege das politische Modell entstehen, das es der Bundesrepublik Deutschland über mehr als sechs Jahrzehnte ermöglicht hat, die großen Herausforderungen zu bestehen: von den Anfängen der Wirtschafts- und Ölkrise über die im Zuge der Globalisierung beginnende Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, die Überwindung der Folgen der deutschen Teilung, das Platzen der Aktienblase am Neuen Markt, die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise oder die schwierige Situation einzelner Mitgliedstaaten unserer gemeinsamen Währung. Diese Herausforderungen in einem stabilen politischen Rahmen bewältigt zu haben, ohne den Versuchungen des Populismus über scheinbar einfache Lösungen zu erliegen, das ist die eigentliche Stärke des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft.

Ulfried Weißer vermittelt in seinem Buch neben vielen inhaltlich wertvollen und umfassenden Kapiteln gegenüber anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Büchern gerade den aus meiner Sicht stilbildenden politischen Charakter der Sozialen Marktwirtschaft und ihre geistige Substanz, wie sie im Zitat des Doktorvaters von Ludwig Erhard, Franz

Oppenheimer, ganz zu Beginn des Werkes bereits zum Ausdruck kommt. Ein Zitat, das auch dem Namensgeber der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Ehre gereichen würde.

Ich wünsche diesem Buch viele Leser und empfehle es sehr der angeregten Lektüre einer nicht allein wirtschaftlich, sondern vielmehr politisch orientierten Leserschaft.

Berlin, im März 2017



Dr. Hans-Gert Pöttering

Vorwort

Wie lässt sich die große volkswirtschaftliche Maschinerie erklären und verstehen, an der jedermann teilhat – sei es als Konsument, als Unternehmer, als Mitarbeiter oder im öffentlichen Dienst? Wie sind hier Macht und Einfluss verteilt und legitimiert, wem dient das Ganze? Lässt sich die Wirtschaft so organisieren, dass ein Machtmissbrauch weitestmöglich ausgeschlossen und die Allgemeinheit nicht auf Wohlwollen und Moral der Entscheidungsträger angewiesen ist? Wie kann das Gemeinwohl angestrebt werden, wenn jeder Einzelne nur seine persönlichen eigenen Interessen verfolgt? Wie werden in einer entfesselten Marktwirtschaft der soziale Ausgleich und der Umweltschutz gesichert? Wie kann sich ein Land ohne nennenswerte Rohstoffe, aber mit hohen Löhnen, im weltweiten Wettbewerb behaupten? Wie werden die materiellen und finanziellen Grundlagen für alle privaten und öffentlichen Aufgaben gesichert, von der Infrastruktur bis zum Kulturleben?

In der Bundesrepublik ist versucht worden, eine in diesem Sinne zweckmäßige Ordnung einzurichten, und zwar in Reaktion auf die Zeit des Nationalsozialismus und die vorherigen Jahrzehnte, die nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft von Machtmonopolen geprägt waren. In der Gründungsphase ging es darum, durch eine neue Ordnung die Freiheit und die sämtlichen Entfaltungsmöglichkeiten aller Menschen zu sichern. Dies gilt auch für die wirtschaftlichen Rechte. Dabei ist jedes Unternehmen genötigt, etwas anzubieten, für das eine Nachfrage der Kunden besteht und das insofern der Allgemeinheit dient.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den nunmehr fast sieben Jahrzehnten seit der Währungsreform 1948 darf als erfolgreich betrachtet werden – auch wenn es immer noch Ungerechtigkeiten und in einigen Bevölkerungsschichten Armut gibt. Im internationalen Vergleich gilt Deutschland als wirtschaftlich wohlhabend und politisch stabil. So gerät leicht in Vergessenheit, worauf sich dieser Erfolg gründet, der inzwischen allzu selbstverständlich geworden ist.

Die wichtigsten Grundprinzipien gelten in gleicher Weise für die Wirtschaft und für die Politik:

- Angesichts des exzessiven Machtmissbrauchs in der nationalsozialistischen Ära ließen sich die Verfassungsväter und -mütter von dem Gedanken leiten, die Befugnisse weitestgehend zu verteilen, damit sich niemand einem Machtmonopol gegenüber sieht. In der Politik ist dies die Verteilung auf Bund, Länder und Kommunen, in der Wirtschaft das Verbot von Machtkonzentrationen durch Kartelle: Der Wettbewerb wird nicht nur veranstaltet, sondern erzwungen. Hinzu kommen die Vielfalt der

Verbände und die wirtschaftliche Selbstverwaltung in den Kammern.

- Das Grundgesetz geht von der unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen aus. Hieraus folgt das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, in der Politik, der Kultur und auch in der Wirtschaft, dort ganz konkret als Gewerbefreiheit für jedermann, sich selbstständig zu machen.
- Nicht nur die Bürger, sondern auch der Staat ist an die Gesetze gebunden. Es gibt keine willkürlichen Eingriffe von oben, sondern den Schutz des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebes und daher eine Investitionssicherheit.
- In der Politik ebenso wie in der Wirtschaft wird die Macht konsequent von den Entscheidungen der Basis legitimiert. In der politischen Demokratie sind dies die wahlberechtigten Bürger, in der Wirtschaft die Konsumenten, die durch ihre Kaufentscheidungen das Ganze lenken.

Die Tatsache, dass der Politik und der Wirtschaft ähnliche Prinzipien zugrunde liegen, erleichtert für jedermann die Orientierung. In der Gründungsphase der Bundesrepublik war diese neue, nie zuvor erprobte Ordnung alles andere als selbstverständlich. Vielmehr wurde die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard nahezu im Alleingang durchgesetzt – gegen heftigen Widerstand nicht nur von links, sondern auch seitens der Unternehmen, die sich gegen das Kartellverbot stemmten. Erhards Bestreben ging dahin, die noch aus der Kaiserzeit überkommene starre Standes- und Klassenteilung der Gesellschaft zu überwinden. Es sollte nicht länger eine Spitzengruppe in Luxus und ein Proletariat in Armut geben, sondern die Spitzengruppe wurde durch das

Monopolverbot entmachtet, und die Arbeiterschaft sollte durch einen Massenwohlstand auf ein menschenwürdiges Niveau gehoben werden. Dieses Konzept erwies sich als tragfähig. So bildete sich schon in den 1950er Jahren eine Mittelstandsgesellschaft heraus. Inzwischen hat die Soziale Marktwirtschaft nicht nur in den neuen Bundesländern Einzug gehalten, sondern ist auch international in der Europäischen Union verankert. Ergänzend werden nachfolgend einige andere Wirtschaftsordnungen vorgestellt, sodann die hiesigen Akteure mit ihren Bestrebungen: die privaten Haushalte, die Unternehmer, die Mitarbeiter, die Verbände und Kammern. In zahlreichen ordnungspolitischen Sonderbereichen ist die auf Wettbewerb gegründete Ordnung nur teilweise gültig und nicht konsequent durchgeführt worden. In unterschiedlicher Weise, etwa durch gebundene Preise oder durch Zutrittsschranken für Neugründer, wird der Wettbewerb eingeschränkt. Dies ist politisch kaum zu ändern, denn es handelt sich um historisch überkommene Besitzstände, die von einflussreichen Verbänden verteidigt werden.

Anschließend geht es um den Staat, seine Aufgaben, die Konflikte seines Personals und seine einzelnen Ebenen von den Gemeinden mit ihrer Selbstverwaltung über die Bundesländer und den Bund bis hinauf zu den internationalen Organisationen. In der Wirtschaftspolitik begegnet uns die Merkwürdigkeit, dass tatsächlich ganz andere Ziele verfolgt werden als die gesetzlich vorgeschriebenen. Es geht immer um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und damit um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, ferner um die Soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt. Dies durchzieht

die sämtlichen Politikbereiche von der Ordnungspolitik über die Sozialpolitik, die Umweltpolitik bis zur Regionalpolitik. Abschließend wird kurz auf einige Positionen der Grundlagenkritik eingegangen, bei denen das Wort „neoliberal“ als Schimpfwort gilt, und auf die akademische Wirtschaftstheorie. Diese sieht sich der Kritik ausgesetzt, zu wirklichkeitsfremden Modellen zu neigen und sich in mathematischen Spielereien zu verlieren.

Cuxhaven, im Januar 2017

Ulfried Weißer

Inhaltsverzeichnis

1	Die Wirtschaft	1
1.1	Jedermanns Probleme	1
1.2	Die Akteure verstehen	10
1.3	Die wichtigsten Rollen	12
1.4	Das Problem der Wirtschaft	15
	Literatur	24
2	Die Wirtschaftsordnung	25
2.1	Die Wahl der Wirtschaftsordnung	25
2.1.1	Freiheitlich oder autoritär?	28
2.1.2	Die Mobilisierung der Kräfte	30
2.1.3	Das Eigentum	32
2.1.4	Tage der Entscheidung	39
2.1.5	Von wem geht die Macht aus?	41
2.2	Die Marktwirtschaft	47
2.2.1	Ein Organisationsmittel	47

2.2.2	Die preußischen Reformen	53
2.2.3	Die Vertragsfreiheit	58
2.3	Die Soziale Marktwirtschaft	60
2.3.1	Eine amtliche Definition	60
2.3.2	Ein Begriff etabliert sich	64
2.3.3	Der Einzelhandelskaufmann	67
2.3.4	Wohlstand für Alle	70
2.3.5	Die Fesseln lösen	78
2.3.6	Der Wettbewerb	83
2.3.7	Stabilität des Preisniveaus	104
2.3.8	Freiheit und Gleichheit	108
2.3.9	Erfolg in Zahlen	115
2.3.10	Unterschiede zu den USA	125
2.4	Die Gemeinwirtschaft	127
2.5	Die sozialistische Wirtschaft	133
2.6	Die Rentenwirtschaft	143
2.7	Die Subsistenzwirtschaft	152
	Literatur	155
3	Die Akteure in der Marktwirtschaft	157
3.1	Der private Haushalt	158
3.1.1	Die Arbeit	164
3.1.2	Der Konsum	172
3.1.3	Die Kapitalanlage	184
3.2	Der Unternehmer	188
3.2.1	Die Tätigkeit	188
3.2.2	Der Mittelstand	207
3.2.3	Die Genossenschaften	221
3.2.4	Die Kapitalgesellschaft	224
3.3	Die Mitarbeiter	235

3.4	Verbände und Kammern	244
3.4.1	Interessenlage	244
3.4.2	Die Tarifpartner	254
3.4.3	Die Fachverbände	258
3.4.4	Die Kammern	259
	Literatur	263
4	Ordnungspolitische Sonderbereiche	265
4.1	Kein Gewerbe	270
4.1.1	Landwirtschaft	272
4.1.2	Freie Berufe	278
4.2	Höchstpreise	282
4.2.1	Generelle Höchstpreise	283
4.2.2	Mietpreisbremse	284
4.3	Mindestpreise	287
4.3.1	Freie Berufe	289
4.3.2	Bücher	293
4.3.3	Zeitungen und Zeitschriften	298
4.3.4	Arzneimittel	300
4.3.5	Tabakwaren	301
4.4	Gebundener Vertrieb	301
4.5	Eingangsprüfungen	304
4.5.1	Handwerk	307
4.5.2	Rechtsanwalt	312
4.5.3	Steuerberater	313
4.5.4	Verkehr	316
4.6	Internationale Kartelle	319
4.6.1	OPEC	320
4.6.2	Schiffahrtskonferenzen	322
4.7	Öffentliches Eigentum	324

4.8	Systemrelevante Unternehmen	333
4.9	Staatliche Aufsicht	336
	4.9.1 Bank und Börse	337
	4.9.2 Versicherung	344
4.10	Kritische Würdigung	347
	Literatur	353
5	Der Staat	355
5.1	Die Aufgaben	358
5.2	Das Personal	367
5.3	Die Ebenen	374
	5.3.1 Die Gemeinden	376
	5.3.2 Die Bundesländer	384
	5.3.3 Die Bundesrepublik	393
	5.3.4 Die Europäische Union	397
	5.3.5 Die Globalisierung	405
	Literatur	416
6	Die Wirtschaftspolitik	417
6.1	Ziele der Wirtschaftspolitik	419
	6.1.1 Gesetzlich vorgeschriebene Ziele	420
	6.1.2 Tatsächliche Ziele	430
	6.1.3 Der Populismus	438
6.2	Einzelne Politikbereiche	443
	6.2.1 Ordnungspolitik	443
	6.2.2 Außenwirtschaft	448
	6.2.3 Steuer- und Finanzpolitik	463
	6.2.4 Sozialpolitik	474
	6.2.5 Externe Nutzen, Subventionen	488
	6.2.6 Externe Kosten: Umweltschutz	497

6.2.7	Bildungspolitik	507
6.2.8	Innovationspolitik	518
6.2.9	Regionalpolitik	532
	Literatur	541
7	Grundlagenkritik	543
	Literatur	553
8	Die akademische Wirtschaftstheorie	555
8.1	Aktueller Zustand	556
8.2	Ansätze zur Reform	577
	Literatur	586
	Stichwortverzeichnis	587

1

Die Wirtschaft

Macht wird immer missbraucht: darum soll man nicht versuchen, die Menschen zu bessern, sondern soll die Verhältnisse ändern.

Franz Oppenheimer

1.1 Jedermanns Probleme

Jedermann hat, ob gewollt oder ungewollt, in seinem Leben mit wirtschaftlichen Fragen zu tun:

- Zunächst geht es darum, nach der Ausbildung eine Anstellung zu finden, die mit einem ausreichenden Einkommen

2 Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

verbunden ist. Schon bei der Berufswahl spielt dies eine Rolle. Beispielsweise kann entweder eine Stellung im öffentlichen Dienst angestrebt werden – mit vergleichsweise geringerem Einkommen, aber hoher Sicherheit des Arbeitsplatzes, oder eine Stellung in der privaten Wirtschaft mit meist höherem Einkommen, aber weniger Sicherheit. Im Unternehmen wirkt der Arbeiter oder Angestellte durch seine Tätigkeit am Erfolg des Ganzen mit, trägt aber auch das Risiko eines Firmenzusammenbruchs oder einer Umstrukturierung. Noch deutlich höher ist das Existenzrisiko bei einer selbstständigen Tätigkeit.

- Das zweite wirtschaftliche Problem für jedermann besteht darin, mit dem erzielten Einkommen so zu wirtschaften, dass die Ausgaben nicht dauerhaft über den Einnahmen liegen, was nämlich geradewegs in die Pleite, die Zahlungsunfähigkeit, führt. Hier ist in der Erziehung das Vorbild der Eltern wichtig, um die Kinder zu einem verantwortlichen Umgang mit Geld zu führen. Aber auf die Jugendlichen und die Erwachsenen warten die Verführungskünste einer hochprofessionellen Werbung.

Bei einem dieser Lebensprobleme oder bei beiden scheitern unzählige Menschen. Entweder es gelingt ihnen trotz vieler Versuche nicht, eine dauerhafte Arbeitsstellung zu finden, und sie reihen sich in das Heer der Langzeitarbeitslosen ein, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Oder sie kaufen so viel, meist auf Raten oder mit Kreditkarten, dass sie den Überblick verlieren, bis sie der Mahnungen nicht mehr Herr werden und ihr Konto gepfändet wird. Die freiheitliche Wirtschaft setzt das Bild der freien, selbstverantwortlichen und urteilsfähigen Persönlichkeit voraus, ebenso wie

das Grundgesetz mit seinen Freiheits- und Entfaltungsrechten. Dabei hat sich herausgestellt, dass mit diesen Rechten überwiegend vernünftig, in einzelnen Fällen aber auch unvernünftig umgegangen wird. Dies muss, wie bei jeder Freiheit, in Kauf genommen werden, ohne sogleich nach einer staatlichen Korrektur zu rufen. Eine solche wäre schon deshalb schwierig, weil die Maßstäbe, was als vernünftig gelten soll, im Einzelfall immer umstritten sind.

In diesem Buch soll es darum gehen, die Subjekte der Wirtschaft, die wirtschaftenden Akteure, zu verstehen. Die große Maschinerie der Wirtschaft lässt sich nur überschauen, wenn wir versuchen, uns in die Menschen, die darin tätig sind, einzufühlen – ihre Gefühle und Absichten, ihre Planungen und Aktionen gedanklich nachzuvollziehen. Dazu ist es nicht nötig, jeden einzelnen zu befragen, denn es gibt viele Standardsituationen, in denen in typischer Weise reagiert wird. Außerdem ist das Verhalten zum großen Teil rollengebunden: Der Unternehmer regiert zunächst einmal als Unternehmer, also so, wie es seine Stellung nahelegt. Und der Verbandsgeschäftsführer reagiert größtenteils vorhersehbar, wenn er die Interessen seiner Verbandsmitglieder artikuliert. Daneben gibt es immer das rein Persönliche, Individuelle, das nicht vorhersehbar ist. Aber wenn wir das Typische, das rollengebundene Verhalten verstehen, können wir nachvollziehen, was sich von dort her erklärt und welches der nicht erklär- bare individuelle Rest ist. „Was die gewerbliche Produktion, wie alle wirtschaftliche Tätigkeit, zunächst in ihrer Eigenart bestimmt, ist der Zweck, der dem Wirtschaften zugrunde liegt, sind die Ideen, von denen vorwiegend die Wirtschaftssubjekte geleitet werden“, schreibt Werner Sombart (1904, S. 39). Er stellt ferner fest, „dass auch die gewerbliche

4 Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

Produktion wie alle Wirtschaft durch die Gesamtheit der Rechts- und Sittennormen, denen die Produktion untersteht, in ihrer Eigenart gekennzeichnet wird“.

Jeder Mensch ist dazu berufen, einen bestimmten Lebensstil zu entwickeln, was regelmäßig die Gefahr eines finanziellen Scheiterns erhöht oder vermindert: Es gibt zum Beispiel

- die Genussorientierten, die viel besitzen und viel Interessantes erleben möchten,
- die Statusorientierten, die in ihrem sozialen Umfeld etwas gelten wollen und zeigen möchten, dass sie „es geschafft haben“,
- die Wertorientierten, die das tun, was nach ihrer Meinung für sie selbst und für die Allgemeinheit richtig ist, und denen relativ gleichgültig ist, was die anderen hierzu sagen, und
- die Traditionsorientierten, die so leben, wie es schon bei Eltern und Großeltern war.

Das Risiko, finanziell zu scheitern, ist bei den Genussorientierten und den Statusorientierten relativ hoch, weil sie sich zu allerlei Ausgaben genötigt oder verführt sehen, die streng genommen überflüssig sind. Die Wertorientierten neigen eher dazu, nur das Notwendige anzuschaffen. Und die Traditionsorientierten leben gewöhnlich sparsam, niemals auf Pump, und legen Rücklagen für unvorhergesehene Fälle an.

In einer freiheitlichen Gesellschaft, in welcher der Staat darauf verzichtet, Denken und Handeln aller Staatsbürger lenken zu wollen, muss jeder Einzelne selbst ein Lebenskonzept entwerfen, und mancher ist hiermit überfordert.

Wichtiges Merkmal solch eines Konzepts ist der zeitliche Horizont: Für welchen Zeitraum wird geplant?

- Das eine Extrem sind Erwachsene, die wie Kinder ganz im jetzigen Augenblick leben und sofortige Befriedigung aller Wünsche verlangen. Sie sind in der untersten Unterschicht und in der obersten Oberschicht anzutreffen.
- Die Nächsten in Sachen zeitlicher Horizont sind die Kinder, die wöchentlich Taschengeld erhalten und lernen müssen, nicht gleich am Montag alles auszugeben und danach um Nachschlag zu bitten oder sich etwas zu leihen. Hier beginnt die Erziehung zum Triebaufschub, die nach Sigmund Freud für die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnend ist.
- Der Rentner teilt seine Mittel ein bis zum Monatsultimo.
- Der Landwirt war in den gemäßigten Breiten schon immer genötigt, für ein ganzes Jahr zu planen, für die Zeit von der Aussaat bis zur Ernte. Für die nächste Aussaat musste Saatgut zurückgelegt werden, bis zur nächsten Ernte waren Nahrungsvorräte anzulegen, und Heizmaterial für den Winter war zu besorgen. Eine Theorie für das wirtschaftliche Zurückbleiben Schwarzafrikas geht darauf zurück, dass in einem tropischen Land, ohne Jahreszeiten, kein verantwortliches Planen notwendig ist. Da wurde traditionell nichts zurückgelegt, nichts für die Zukunft investiert, sondern das heute Geerntete wurde gleich heute verzehrt.
- Der zeitliche Horizont kann auch ein ganzes Menschenleben ausmachen. Wenn jeder Einzelne der verantwortliche Autor seines Lebenslaufs ist, geht die vernünftigste Überlegung dahin, ein maximales Lebenseinkommen

anzustreben. Da wird nicht nur schon in Jugendjahren über die Altersversorgung nachgedacht, sondern es wird auch überlegt, welche Ausbildungsabschnitte sich lohnen, beispielsweise ob sich ein fünfjähriges Hochschulstudium später auszahlt (im Zweifel ja) und ob eine Promotion sich lohnt (im Zweifel nein). Über den eigenen Lebenslauf hinaus wird auch an die Ausbildung der Kinder gedacht.

- Noch länger ist der Planungshorizont in der Landwirtschaft. Der Bauer sagt: „Dieser Hof wird seit 1632 von unserer Familie bewirtschaftet. Ich fühle mich verpflichtet, diese Tradition fortzuführen und meinen Kindern und Enkeln einen geordneten Betrieb, möglichst ohne Schulden, zu hinterlassen.“

In der gewerblichen Wirtschaft ist der zeitliche Horizont bei mittelständischen Unternehmen, die sich im Eigentum einer Familie befinden, gewöhnlich länger als bei Aktiengesellschaften, die jährlich oder gar nur quartalsmäßig einen möglichst hohen Gewinn ausweisen müssen. Bei Letzteren dreht sich alles um den aktuellen Kurs der Aktie, vor allem wenn die Vergütung der Manager hiervon abhängt und wenn alle zwei Jahre ein neuer Chef kommt, wie in den USA üblich. Die Versuchung ist dann groß, immerzu neue Typen und Modelle von Produkten herauszubringen, die sich nur in Äußerlichkeiten vom Bisherigen unterscheiden. Diese Hektik gibt es im Familienunternehmen nicht: Da kann in Ruhe etwas ganz Neues entworfen werden, das erst in einigen Jahren auf den Markt kommt.

Legendär ist die zeitliche Planung in der Forstwirtschaft: Was wir heute pflanzen, ernten unsere Enkel.

Gerade wegen des Planungshorizonts der privaten Wirtschaft hat die Investitionssicherheit eine zentrale Bedeutung.

Der Unternehmer muss die Sicherheit haben, dass seine heute getätigten Investitionen nicht morgen oder übermorgen enteignet oder durch irgendein womöglich rückwirkendes Gesetz wertlos werden. Daher gibt es nicht nur die verfassungsrechtliche Garantie des Eigentums, sondern die Rechtsprechung hat darüber hinaus noch ein *Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb* entwickelt. Es ist zum Beispiel nicht möglich, dass die Stadt in ihrer Bauleitplanung ein Gewerbegebiet plötzlich zum Grünland erklärt, weil sie dort eine Gartenschau einrichten will. Jeder behördliche Bescheid kann in Deutschland durch ein unabhängiges Verwaltungsgericht daraufhin überprüft werden, ob er den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Oft genug entscheiden diese Gerichte zugunsten des Bürgers gegen die Verwaltung. Es gibt also keine geschlossene Obrigkeit, der ein Bürger oder ein Unternehmen auf Gedeih oder Verderb ausgesetzt wären. Selbst die Gesetze sind jederzeit daraufhin überprüfbar, ob sie mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Alle Gesetze und Verordnungen, die nach Erlass des Grundgesetzes verabschiedet wurden, müssen diesem Rahmen entsprechen, insbesondere die Freiheitsrechte des Bürgers nicht mehr als notwendig einschränken. Das Bundesverfassungsgericht hat immer wieder diesen Freiheitsraum erweitert, beispielsweise beim Recht zur Existenzgründung: Diese darf nicht mehr davon abhängig gemacht werden, ob ein Bedarf für das neue Geschäft besteht. Derartige Gesetze werden als verfassungswidrig aufgehoben.

Dieses weitgehende Prüfungsrecht, auch von Gesetzen, ist international keineswegs selbstverständlich. In Großbritannien zum Beispiel gibt es dergleichen nicht. Dort ist das Unterhaus erste und letzte Instanz für die Gesetzgebung. Das

Unterhaus genießt völlige Souveränität, und seine Beschlüsse können nicht gerichtlich überprüft werden. Das weitgehende Prüfungsrecht in Deutschland ist, wie die freiheitssichernde Gesetzgebung und Verfassung überhaupt, nur als Antwort auf Willkür und Verbrechensherrschaft des Nationalsozialismus zu verstehen.

In der unternehmerischen Wirtschaft stellt sich immer das Problem, welcher Teil der Gewinne heute entnommen und für einen entweder aufwendigen oder sparsamen Lebensstil verwendet und welcher Teil umgekehrt der Kapitalbildung und den Investitionen gewidmet wird. Da liegt es für die Politik nahe, die entnommenen Gewinne stärker zu besteuern als die investierten und die Erbschaftssteuer für die Vererbung von Unternehmen niedriger anzusetzen als für privates Vermögen, einfach deshalb, weil das Unternehmen auch morgen Werte schafft, der private Reichtum hingegen nicht.

Je länger der zeitliche Horizont ist, desto stärker ist die Neigung, einen Teil der heutigen Mittel zu sparen und zu investieren, um die Voraussetzungen für spätere Erträge zu schaffen. Dies gilt für Privatleute ebenso wie für die Politik. Eine Regierung ist stets in der Versuchung, sich durch Wohltaten wie eine ausufernde Sozialpolitik beliebt zu machen und hierfür Schulden aufzunehmen. Da wird das heute Erarbeitete heute verzehrt, und Belastungen werden auf die nächste Generation verschoben. Ebenso kurzfristig ist es, die heimische Wirtschaft durch hohe Zölle vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, wodurch diese Unternehmen in ihrer Entwicklung zurückfallen, oder Konkursbetriebe mit staatlichen Mitteln aufzufangen, wodurch Kapital und Arbeitskräfte in unwirtschaftlichen Betrieben festgehalten werden.

Eine langfristig orientierte Politik wird stattdessen ihre Schwerpunkte auf die Infrastruktur, auf Ausbildung und auf industrienahe Forschung legen, also die Fundamente für die Erträge von übermorgen legen. Noch ausgeprägter ist dies bei der Förderung der Grundlagenforschung und bei der wirtschaftsfernen Kultur: Kunst, Literatur, Musik, Philosophie und Geisteswissenschaften.

In der freiheitlichen Gesellschaft gibt es das handfeste Risiko, dass allzu viele Menschen von dieser Freiheit überfordert sind, beispielsweise indem sie sich kurzfristigen Augenblicksgenüssen hingeben und nicht in der Lage sind, ein langfristiges Lebenskonzept zu entwerfen und dies mit einiger Disziplin durchzuhalten. Dementsprechend zahlreich sind die Forderungen nach einem bevormundendem Staat, der den Einzelnen vor unüberlegten Taten bewahrt. So sollen beispielsweise Genussgifte und Glücksspiel eingeschränkt werden, und bei der Anlage seines Vermögens soll jedermann davor bewahrt werden, auf wohlklingende Versprechungen hereinzufallen wie so viele andere vor ihm.

Aber es gibt auch das Scheitern ohne persönliche Schuld. Auch jemand, der noch so seriös lebt, kann ohne eigenes Zutun in finanzielle Not geraten, wenn etwa aufgrund von Konzernüberlegungen, die niemand aus der Belegschaft durchschaut, der örtliche Betrieb geschlossen wird. Oder wenn die am Platz hergestellten Produkte nicht mehr gefragt sind. Bei seinen Existenzproblemen möchte der einzelne Mensch nicht einfach den wirtschaftlichen Wechselfällen ausgeliefert sein, sondern planen und sich auf vorhersehbare Entwicklungen einrichten können. Hierzu ist es notwendig, wenigstens im Grundsatz zu verstehen, in welcher Weise die große volkswirtschaftliche Maschinerie funktioniert.

In welchem gesetzlichen Rahmen bewegt sich das Ganze? Worin besteht die Aufgabe eines Unternehmers? Warum gibt es bei den Firmen ein ständiges Kommen und Gehen von schließenden oder neu eröffneten Betrieben? Haben die unzähligen Verbände eine allzu einflussreiche Stellung? Welche Ziele verfolgt die Regierung bei ihrer Wirtschaftspolitik, und welche Mittel setzt sie hierfür ein? Weshalb ist hierbei so vieles strittig? Gibt es keine eindeutigen Vorgaben von Fachleuten? Zu all diesen Fragen sei vorweg angemerkt, dass im wirtschaftlichen Geschehen des ganzen Volkes alles mit allem zusammenhängt. Daher hat ein politischer Eingriff, der als naheliegend und sinnvoll erscheint, gewöhnlich Fernwirkungen, an die der Laie nicht denkt, die aber mitberücksichtigt werden müssen. Als verantwortlicher Staatsbürger möchte mancher in die Lage versetzt werden, an diesen Debatten mitzuwirken oder sie wenigstens zu verstehen.

1.2 Die Akteure verstehen

Es ist relativ einfach, an die Politik Forderungen zu stellen, die mit hohen Ausgaben verbunden sind: bessere Straßen, mehr Polizei für die Sicherheit, weitere Sportstätten, kein Unterrichtsausfall an den Schulen, eine umfassendere Sozialpolitik und dergleichen mehr. Allerdings müssen alle Vorhaben aus Steuergeldern finanziert werden, und diese Steuern stammen direkt oder indirekt alle aus der gewerblichen Wirtschaft – entweder von den Betrieben oder von den dort Beschäftigten. Insofern liegt es im allgemeinen Interesse, die Funktionsweise des ganzen Apparats nicht allzu sehr zu stören. Letztlich geht es darum, möglichst alle im Volk vorhandenen Kräfte zu

mobilisieren und ihr Wirken zu koordinieren. Hierzu ist ein geeignetes System, eine Ordnung des Ganzen einzurichten. Das ist in Deutschland vergleichsweise gut gelungen – nicht perfekt, aber doch so, dass einige Nachbarländer fragen, auf welche Weise Deutschland die jetzige führende Stellung in der Europäischen Gemeinschaft errungen hat. Die Arbeitslosigkeit, speziell der Jugend, ist vergleichsweise niedrig. Die Exporte sind alljährlich weit höher als die Importe – die hier hergestellten Produkte sind anscheinend weltweit gefragt. Jüngst, im Jahr 2015, durften wir feststellen, dass Deutschland als Einwanderungsland heiß begehrt ist – nicht zuletzt wegen des hiesigen Wohlstandsniveaus. Wie kommt all dies zustande?

Bei diesem Sachverhalt geht es zunächst um die Frage, in welcher gesetzlichen und politischen Ordnung das Ganze passiert. In welchem Rahmen haben sich alle Beteiligten zu orientieren? Von wem gehen die Impulse aus, die bestimmen, was geschehen soll, und wer setzt diese dann um? Wie viel Freiheit haben die Akteure, insbesondere die Betriebsleiter?

Innerhalb der jeweiligen Ordnung befinden sich die Menschen, die entweder selbstständig entscheiden oder aber Weisungen ausführen. Um einen Einblick zu erhalten, müssen wir versuchen, die beteiligten Akteure zu verstehen. Mit einigen von ihnen können wir uns unterhalten und sie nach ihren Handlungsmotiven, Interessen und Konflikten befragen. Häufig gibt es öffentliche Äußerungen, die jedoch nicht immer glaubwürdig sind. Denn gewöhnlich versucht jeder seine ganz persönlichen Interessen zu verbergen, indem er sie als im Interesse der Allgemeinheit liegend darstellt. Hier ist also immer eine kritische Prüfung angebracht. Oft ist aus den tatsächlichen Handlungen, dem Verhalten, unschwer zu

erschließen, welches Interesse dahintersteht. Anders als in den Naturwissenschaften ist es in den Sozialwissenschaften notwendig, die Entscheidungen der Beteiligten einführend gedanklich nachzuvollziehen, um sie zu verstehen: Weshalb tut einer dies und jenes? Weshalb fordert er etwas und vom wem? Hat er wirklich das Wohl der Allgemeinheit im Auge, oder versucht er, sich auf Kosten der Allgemeinheit einen Vorteil zu verschaffen?

Dabei gibt es im Wirtschaftsleben fest verteilte Rollen und je nach Rolle ganz unterschiedliche Verhaltensweisen – entweder rational oder irrational, entweder rechnend-kalkulierend oder impulsiv, je nach augenblicklicher Stimmung.

1.3 Die wichtigsten Rollen

Bei diesem großen Drama spielen vor allem mit:

- *Der private Haushalt, der Einkommen erzielt und alle möglichen Waren und Dienstleistungen einkauft:* Dies geschieht vorzugsweise irrational. Jemand kauft, was er sieht und was gefällt. Auch bei größeren Anschaffungen, dem Auto oder gar dem Einfamilienhaus, geht es vor allem nach Bauchgefühl und seelischem Wellenschlag, auch wenn gewöhnlich anschließend eine verstandesmäßig einleuchtende Begründung konstruiert wird. Ebenso verhält es sich bei der entscheidenden Frage, ob und wie viel Ersparnisse gebildet werden oder ob ständig am äußersten Rand des Konsumentenkredits gelebt wird.
- *Der Unternehmer:* Er versucht sich auf die Aufträge, Wünsche und Probleme der Kunden einzustellen und

Entsprechendes zu beschaffen oder herzustellen. Hierbei geht er (überwiegend) rational, also rechnend und kalkulierend vor. Dazu gehört, dass er sich bei jeder Entscheidung fragt: Was kostet mich das? Und was bringt mir das? Und weil sich jede Entscheidung auf künftige Aktionen und Ergebnisse bezieht, muss er sich immer eine Vorstellung der näheren Zukunft bilden.

- *Der Verbandsfunktionär und hauptberufliche Interessenvertreter:* Er muss zunächst einmal die Wünsche seiner Verbandsmitglieder erkunden. Meist geht es darum, in irgendeiner Form von den Härten des Wettbewerbs verschont zu werden, ferner um die Milderung staatlicher Lasten (Steuern, Bürokratie, Umweltschutzbestimmungen), um Vorhaben der Infrastruktur (Straßen oder Breitbandverkabelung) und nicht zuletzt darum, die Bedeutung der eigenen Branche für das Funktionieren des Ganzen zu betonen.
- *Der Wirtschaftsförderer:* Im Rahmen einer Bestandspflege hält er den Kontakt zu den ansässigen Unternehmen und versucht deren Wünschen entgegenzukommen, beispielsweise bei der Ausweisung von Gewerbegebieten und bei den Baugenehmigungen. Darüber hinaus versucht er, Neuansiedlungen zu akquirieren, indem er die Vorzüge des eigenen Standorts hervorhebt: die guten Verkehrsanbindungen, die freien Gewerbeflächen, die auf bestimmte Branchen eingestellten Arbeitskräfte, der niedrige Hebesatz der Gewerbesteuer.
- *Der Ratsherr oder der Abgeordnete:* Er muss für alle Bestrebungen in seinem Wahlkreis Verständnis haben (oder heucheln) und versuchen, diese in die Politik einzubringen, soweit sie einigermaßen überzeugend vertreten werden